

Liebe Leserin, lieber Leser,

ich freue mich, dich von nun an im Rahmen meines Newsletters regelmäßig über Neuigkeiten aus dem Landtag und dem Wahlkreis auf dem Laufenden zu halten!



Heute im Newsletter:

- **Mein Standpunkt:** Integration vor Einbürgerung
- **Aus dem Wahlkreis:** REGIONALE 2025 / Zanders-Areal neu gedacht
- **Aus dem Plenum:** Gewerbesteuererleichterungen / Staatsschutz stärken / Schulsozialarbeit bleibt verlässlich
- **Neues auf Social Media**



Durchschnittliche Lesedauer: 5 - 10 Minuten

Mein Standpunkt: Integration vor Einbürgerung

Kontext



Im letzten Jahr haben sich **so viele Menschen in Deutschland einbürgern lassen wie noch nie**. Laut Statistischem Bundesamt ist die Zahl fast um die Hälfte gestiegen. Im Jahr 2024 betrafen 28 % der Einbürgerungen Personen mit syrischer Staatsbürgerschaft.



Die **Ampel-Reform senkte die Aufenthaltsfrist von acht auf fünf Jahre** und ermöglichte in Ausnahmefällen bereits nach drei Jahren eine Staatsbürgerschaft. Das **Kabinett unter Kanzler Merz** hat nun beschlossen, die „**Turbo-Einbürgerung**“ **nach drei Jahren wieder abzuschaffen**. Einbürgerungen sollen künftig erst nach fünf Jahren erfolgen.

Mein Standpunkt

✗ Integration ist keine Hauruckaktion. Meiner Ansicht nach sollte eine Einbürgerung erst am Ende eines gelungenen Integrationsprozesses erfolgen. Sprachkenntnisse, gesellschaftliche Teilhabe, wirtschaftliche Eigenständigkeit und Straffreiheit sind dabei grundlegende Voraussetzungen. Wer die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben möchte, muss eine dauerhaft gewachsene Bindung an unser Land nachweisen – sprachlich, kulturell und sozial.

✗ Die „Turbo-Einbürgerung“ der Ampel nach nur drei Jahren war ein Fehler. Integration braucht Zeit und persönliche Entwicklung. Auch die generelle **Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft birgt Risiken, wenn sie nicht an klare Kriterien gebunden ist.** Sie sollte auf Ausnahmefälle beschränkt bleiben, um Identifikation und Verbindlichkeit zu stärken.

✓ Ein gemeinsamer Wertehorizont und eine verbindende Sprache sind unerlässlich für ein friedliches Miteinander. Integration ist kein Automatismus, sondern ein wechselseitiger Prozess, der sowohl gefördert, aber auch eingefordert werden muss.

Die deutsche Staatsangehörigkeit soll Ausdruck echter Zugehörigkeit sein – nicht Ergebnis eines bloß verwaltungstechnischen Verfahrens.

#LuckeOpJück

Aus dem Wahlkreis

Wo einst Papier produziert wurde, entsteht nun Zukunft: Beim REGIONALE-Kongress auf dem Zanders-Gelände konnte ich erleben, wie Visionen für eine nachhaltige Stadtentwicklung und neue Lebensräume im Herzen Bergisch Gladbachs Wirklichkeit werden.

Am 12. und 13. Mai 2025 fand der REGIONALE-Kongress „Weiter geht's!“ auf dem Zanders-Gelände statt. Ein eindrucksvoller Rahmen für den offiziellen Start der Präsentationsphase, die von Ministerin Ina Scharrenbach eröffnet wurde.



i Die **REGIONALE 2025** ist ein **großes Förderprogramm im Bergischen RheinLand**, das vom Land Nordrhein-Westfalen und der Europäischen Union unterstützt wird. **Ziel** ist es, die **Potenziale der Region in den Bereichen Wirtschaft und Forschung zu verwirklichen**. Dabei geht es um smarte Ideen für zukunftsfähige Mobilität, digitale Innovationen, nachhaltige Städte und ein besseres Leben auf dem Land. Gute Projekte erhalten finanzielle Unterstützung, damit aus Ideen echte Veränderungen entstehen können.

🚧 Ein **bedeutendes Projekt** ist das **Zanders-Gelände in Bergisch Gladbach**. Hier passiert gerade Großes: **Auf 36 Hektar mitten in der Stadt wird das Gelände der ehemaligen Papierfabrik mit einem Mix aus Arbeiten, Wohnen und Freizeit neu gedacht**. Es sind fast 3.000 Wohnungen und ebenso viele Arbeitsplätze geplant. Die Stadt bezieht die Menschen vor Ort aktiv in die Entwicklung ein. So wandelt sich Zanders vom alten Werk zu einer neuen Vision und wird zu einem Herzstück der REGIONALE 2025.

🔗 Unter dem Motto „Lust auf Zukunft“ beginnt nun die sichtbare Phase mit zahlreichen Veranstaltungen, Projektpräsentationen und Beteiligungsmöglichkeiten im ganzen Bergischen RheinLand. **Alle geplanten Projekte findest du hier.**

Ich freue mich darauf, diesen Prozess weiterzuverfolgen und gemeinsam mit den Menschen vor Ort neue Perspektiven zu entwickeln.

Aus dem Plenum

1 NRW geht entschlossen gegen kommunale Gewerbesteueroasen vor

Die **Gewerbsteuer** ist eine **zentrale Einnahmequelle für Städte und Gemeinden** in NRW. Während der durchschnittliche Hebesatz bei etwa 450 % liegt, **senken einige wenige Kommunen ihn drastisch auf unter 300 %**, um Unternehmen anzulocken. Dieses als „Gewerbesteueroasen“ bekannte Vorgehen führt zu einem **unsolidarischen Steuerwettbewerb, schadet Nachbarkommunen und fördert die Gründung von Scheinfirmen mit Briefkastenadressen**.

Die Koalition aus CDU und Grünen will diese Praktiken eindämmen und unterstützt eine gerechte Hebesatzpolitik, wie sie von der Mehrheit der Kommunen verantwortungsvoll betrieben wird. Besonders finanzschwache Gemeinden, die ihre Hebesätze erhöhen mussten, leiden unter diesem unfairen Wettbewerb.

✓ **Um dem entgegenzuwirken, fordert die NRW-Koalition eine bundesweite Anhebung des gesetzlichen Mindesthebesatzes für die Gewerbsteuer von 200 % auf 280 %.** Ziel ist es, den Steuerwettbewerb zu regulieren, die kommunale Finanzautonomie zu schützen und Missbrauch durch Scheinfirmen zu verhindern.

2 Staatsschutz stärken: NRW reagiert auf hybride Bedrohungen

Am 14. Mai 2025 informierte Innenminister Herbert Reul über die **Festnahme dreier mutmaßlicher russischer Agenten in Köln, Konstanz und der Schweiz**. Sie sollen **im Auftrag Moskaus Sabotageakte gegen Gütertransporte in Deutschland vorbereitet** haben, darunter den Versand von Paketbomben und den Einsatz von GPS-Trackern zur Ausspähung von Transportwegen in Richtung Ukraine.

Diese sogenannten „**Low-Level-Agenten**“ **sind schwer zu erkennen**, da sie oft keine direkte Verbindung zu russischen Geheimdiensten haben und meist online angeworben werden. Ihre Unauffälligkeit erschwert die Arbeit von Polizei und Nachrichtendiensten erheblich.

Der Fall zeigt, dass **auch Nordrhein-Westfalen von Russlands hybrider Kriegsführung betroffen ist**. Ziel solcher Aktionen ist es, Menschen zu gefährden und das Vertrauen in den Staat zu untergraben. Dank schneller Ermittlungen konnte der Rechtsstaat ein deutliches Zeichen setzen.

✓ Mit der kommenden **Verfassungsschutz-Novelle**, die dem nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz **mehr Möglichkeiten zur Überwachung und präventiven Aufklärung von Spionage und Sabotage** gibt, sind wir auf einem guten Weg, das Land wirksamer vor solchen Bedrohungen zu schützen.

3 Schulsozialarbeit bleibt verlässlich – NRW erleichtert Förderung

Mit der **neuen Förderrichtlinie** zur kommunalen Schulsozialarbeit hat Nordrhein-Westfalen einen wichtigen Schritt gemacht, um die **Kommunen trotz angespannter Haushaltslage zu entlasten und Schulsozialarbeit nachhaltig zu stärken**. Denn auch wenn Schulsozialarbeit eigentlich eine kommunale Aufgabe ist, lässt das Land die Kommunen damit nicht allein.

✓ Die neue Richtlinie **vereinfacht und flexibilisiert das Verfahren**, indem sie den **Förderhöchstbetrag auf 80.000 Euro erhöht** und die **Antragstellung über das Förderportal des Landes abwickelt**.

Seit 2022 stellt das Land NRW jährlich 57,7 Millionen Euro zur Verfügung und unterstützt mit 2.000 eigenen Fachkräften. Zusätzlich schaffen **Stellen** aus dem **Startchancen-Programm** neue Freiräume und sorgen für eine **starke und verlässliche Schulsozialarbeit in ganz NRW**.

Neues auf Social Media

150 Jahre St. Hubertus Sebastianus Schützenbruderschaft!
Klicke auf das Bild, um zum Post zu gelangen.

